

**WAHLPRÜFSTEINE DES BÜRGERVEREINS BERLIN-KARLSHORST e.V.
zur Einwohnerversammlung „Bundestagswahl 2017“ am 11.09.2017**

Antworten von Dr. Marius Radtke – AfD

1. Vorstellung

- *Wer sind sie und was bewegt Sie besonders?*

Dr. Marius Radtke, verheiratet, 3 Kinder, 2 Enkel; seit 41 Jahren als Zahnarzt tätig, seit 35 Jahren in der Politik des zahnärztlichen Berufsstandes aktiv (Kammer, KassenZahnärztliche Vereinigung, Versorgungswerk, Freier Verband Deutscher Zahnärzte)

Mich bewegt besonders die Verschlechterung der politischen Verhältnisse im Hinblick auf Meinungsfreiheit, soziale Unterschiede, Gleichheit in den Bildungschancen, Generationengerechtigkeit, Verlust an Rechtsstaatlichkeit, Manipulation der Bürger, Verwicklung in kriegerische Auseinandersetzungen, u.v.m.

- *Was tun Sie außerhalb der Politik?*

In meiner Praxis arbeiten

- *Warum kandidieren Sie für den Bundestag und warum sollten die Bürgerinnen und Bürger gerade Sie wählen?*

Ca. seit meinem 15. Lebensjahr bin ich ein „homo politicus“, d. h. ein Mensch, der an den Dingen, die um ihn herum vorgehen, Interesse hat und dabei auch mitmachen will.

Mein Geschichtsbild ist im Wesentlichen aus den Erfahrungen und dem unmittelbaren Erleben meiner Familie tradiert sowie aus eigener Erfahrung zweier politischer Systeme geprägt. Es ist die Basis für eine kritische Analyse aktueller politischer Ereignisse.

Als „Handwerkszeug“ dienen drei Sätze:

1. Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht, mußt du nur herausfinden, wen du nicht kritisieren darfst. Voltaire
2. In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, daß es auch auf dieser Weise geplant war. Franklin D. Roosevelt (1882-1945)
3. Folge der Spur des Geldes

Überall wo es möglich war, ohne seine Überzeugungen zu verraten, habe ich mich aktiv ins gesellschaftliche Leben eingebracht. Dadurch kann ich – außer Lebenserfahrung und meinen beruflich bedingten zahlreichen Kontakten mit unterschiedlichsten Menschen – auf ein langes gesellschaftliches Engagement zurückblicken.

Ich habe gelernt, anderen Meinungen aufgeschlossen und unvoreingenommen zuzuhören und mich in ihre Lage zu versetzen. Nur so kann ich versuchen, sie zu verstehen. Das gilt auch bei gegensätzlichen Standpunkten.

Aus meinem christlichen Verständnis heraus fühle ich mich nicht wohl, wenn es anderen Menschen um mich herum unverschuldeter weise nicht gut geht.

In meinem persönlichen und beruflichen Leben habe ich alle mein Ziele erreicht und bin wirtschaftlich unabhängig. Aus dieser Unabhängigkeit und aus Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen heraus möchte ich meine Kraft in den Dienst unserer Gesellschaft und unseres Vaterlandes stellen.

2. soziales

- *Was sollte getan werden, um gegen soziale Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft vorzugehen?*

Dazu muß man erst einmal klären, was man darunter versteht:

1. eine Variante des **Leistungsprinzips**
2. **Chancengleichheit**
3. eine Variante des **Bedürfnisprinzips**
4. **Mildtätigkeit** gegenüber sozial oder geistig Minderbemittelten

5. Ergebnisgleichheit

1., 2. und 4. stimme ich zu, und dafür setze ich mich ein. Dieses Thema ist extrem komplex. Im Vordergrund stehen für mich Verbesserung der Bildungschancen, faire Löhne, Konzentration der Hilfe auf wirklich Bedürftige; diese sollten dafür mehr Unterstützung erhalten.

Die AfD steht für längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in Abhängigkeit der Dauer der Vorbeschäftigung. Der Selbstbehalt bei der Berechnung von Arbeitslosengeld II ist sanktionsfrei zu erhöhen.

Unser Sozialstaat kann nur erhalten werden, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird. Sozialstaat braucht Grenzen! Die Auflösung des Nationalstaats führt zur Gefährdung unserer sozialen Errungenschaften.

- Welche Vorschläge haben Sie zur Sicherung einer für alle auskömmlichen Rente, die die Beitragszahler nicht zu sehr belastet?

Die AfD setzt sich für die nachhaltige steuerliche Entlastung von Familien ein. Das **umlagefinanzierte** Modell funktioniert nur wie im Ursprungskonzept nach Wilfrid Schreiber, d. h. nicht ohne den „Faktor Kind“ bzw. ausreichend „nachwachsende“ Generationen.

Durch demographische Defizite entstandene Lücken können nur aus Steuern ausgeglichen werden, d. h. wer als Beitragszahler nicht zu sehr belastet wird, wird es als Steuerzahler. „Kühe die auf Erden gemolken werden, werden leider nicht im Himmel gefüttert.“ Soviel Ehrlichkeit muß sein.

Grundsicherung im Alter: Wer gearbeitet hat, muß später mehr haben. Die AfD will dafür sorgen, daß durch Arbeitsleistung und andere anrechenbare Zeiten, zum Beispiel Erziehungszeiten, erworbene Rentenansprüche mit einem angemessenen Aufschlag zur Grundsicherung Berücksichtigung finden. Die AfD tritt dafür ein, daß Leistungen aus Mitteln der staatlichen Rentenversicherung, die sich nicht über Maßstäbe sozialer Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der gesamten Solidargemeinschaft rechtfertigen lassen („echte“ versicherungsfremde Leistungen) entweder ausgegliedert oder über staatliche Transferleistungen finanziert werden. Allein im Jahr 2015 sind aus dem Etat der Rentenversicherung versicherungsfremde Leistungen in zweistelliger Milliardenhöhe erfolgt.

Die AfD setzt sich dafür ein, zu überprüfen, ob die im Zuge der Einführung einer nachgelagerten Rentenbesteuerung vom Bundesverfassungsgericht als unrechtmäßig erkannte Doppelbesteuerung der Renten tatsächlich durch die derzeitige gesetzgeberische Regelung vermieden wird.

- Haben Sie Pläne zur Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung?

Angesichts der Tatsache, daß die bestehenden Systeme und Sozialleistungen aus Erwerbsarbeit finanziert werden, der Anteil des Einkommens aus Erwerbsarbeit am Bruttosozialprodukt immer mehr abnehmen wird, werden – ohne daß es dazu Beschlüsse gibt – an der AfD-Basis und in den Fachausschüssen Systeme wie das Solidarische Bürgergeld (nach Althaus und Binkert) und Negative Einkommenssteuer diskutiert.

3. Arbeitsmarkt

- Welche Konzepte haben Sie zur Entwicklung des Arbeitsmarktes?

Die AfD geht von der Prämisse aus, daß die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht die Menschen für die Wirtschaft. Wohlstand mißt sich materiell, hat aber auch soziale und immaterielle Aspekte: Freiheit, Selbstbestimmung und Teilhabe. Unsere Wirtschafts- und Steuerpolitik sehen wir auch als Teil der Sozialpolitik. Ziel ist die Schaffung auskömmlicher Arbeitsplätze für alle dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Mitbürger.

Hierzu planen wir u.a. folgende Maßnahmen:

Den Staat verschlanken und effizienter machen

- Abbau von Subventionen, neue Subventionen zeitlich befristen
- Vereinfachung des Steuersystems
- Regulierungen und Bürokratie überprüfen und abbauen, um insbesondere die Belastungen für kleine und mittelständische Unternehmen zu verringern.

Die Staatsquote senken

- Steuer-/Abgabenobergrenze einführen und Staatsverbrauch senken
- Klare Prioritätensetzung, welche Staatsaufgaben wichtig sind, unwichtiges auslaufen lassen.

Wissens-/technologiebasierte Wirtschaft stärken

- Schulische Bildung und die Forschungslandschaft verstärkt auf MINT-Fächer ausrichten
- Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produkte fördern
- Unternehmergeist fördern
- Steuerliche Bedingungen für Forschung und Entwicklung sowie sich daraus ergebende Unternehmensgründungen verbessern
- Hightechunternehmen in Deutschland erhalten und fördern.

Investitionen im Inland fördern

- Durch Subventionsabbau gesparte Mittel in Infrastruktur stecken
- Energiepreise kalkulierbar machen, Förderung erneuerbarer Energien zurückfahren

- Was stört Sie an der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik?

..., daß sich die von der AfD geplanten Maßnahmen in der bisherigen Politik nicht erkennen lassen

- Wie sollte Ihrer Meinung nach die Arbeitslosigkeit bekämpft werden?

Die AfD fordert, die Arbeitslosenquote auf Basis der tatsächlichen Arbeitslosenzahlen zu berechnen, um die realen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sichtbar zu machen.

Wir fordern eine bedarfsangepaßte Qualifizierung für Arbeitslose.

Die AfD setzt sich ferner für die Schaffung eines Angebots zur Bürgerarbeit ein.

- Wie kann die Lohngerechtigkeit verbessert werden?

Die AfD befürwortet einen gesetzlichen Mindestlohn, da er bei den jetzigen Verhältnissen die vergleichsweise schwache Position der Niedriglohneempfänger gegenüber den Interessen der Arbeitgeber stärkt.

Der zunehmende Anteil von prekären Beschäftigungsverhältnissen wirkt sich negativ auf den Wohlstand aus. Daraus entstehen Negativwirkungen für die Demographie. Zudem leidet der Aufbau der eigenen Altersvorsorge.

Die AfD fordert deshalb auch eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen.

Leiharbeit muß nach einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden.

Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmal verlängert werden. Sie dürfen nur unter festgelegten Bedingungen abgeschlossen werden

4. Steuern

- Wie können Sie das Steuerkonzept Ihrer Partei in kurzen Worten erklären?

Die AfD wendet sich gegen eine Ausweitung der Abgabenbelastung und fordert die Absenkung der allgemeinen Mehrwertsteuer um 7 Prozentpunkte sowie die Einführung einer allgemeinen Abgabenbremse (für Steuern, Beiträge und Gebühren) zugunsten der Bürger. Diese ist im Grundgesetz festzuschreiben.

Damit soll verhindert werden, daß Steuern und Abgaben in Zukunft beliebig erhöht werden können. Die Obergrenze sollte maximal der heutigen Abgabenquote entsprechen und mittelfristig 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen.

Eine solche Politik ist erforderlich, weil sowohl die Staatsfinanzierung als auch der Wohlstand der Bürger in erster Linie von einer blühenden Wirtschaft abhängen. Neben innovativer Forschung und gut ausgebildeten Menschen braucht der Wirtschaftsprozess finanzielle Rahmenbedingungen, welche die Eigenfinanzierung für die technologische Infrastruktur der Zukunft ermöglichen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit auch bei der Abgabenlast gewährleisten.

Die AfD will, daß eine seit Jahrzehnten in etlichen Wahlkämpfen von unterschiedlichen Parteien versprochene Steuerreform, die diesen Namen verdient, Wirklichkeit wird.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß ein „Herumdoktern“ am bestehenden Steuersystem dieses nur komplexer und keineswegs gerechter macht.

Wir sind bereit, gemeinsam mit allen demokratischen Parteien, Tarifparteien, Verbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen ein zukunftsorientiertes Steuersystem auf den Weg zu bringen, das selbstverständlich auch die erforderlichen sozialen Belange berücksichtigt.

Leitideen der AfD sind dabei:

Einfach, transparent und gerecht. Der progressive Anstieg der Steuer wird durch Steuerstufen abgelöst.

Eine Indexierung der Tarife, Freibeträge und Freigrenzen, Pauschbeträge und Pauschalen muß die schleichende (heimliche) Steuererhöhung vermeiden.

Entlastung der geringen und mittleren Einkommen:

Der Grundfreibetrag wird auf das pfändungsfreie Einkommen angehoben und die Stufen werden so gewählt, daß Gering- und Durchschnittsverdiener entlastet werden.

Das Ehegattensplitting wird durch ein sozial gerechtes Familiensplitting ergänzt, bei dem das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird vor der Tarifierhebung.

Schaffung einer fairen Unternehmensbesteuerung. Gewinne sind dort zu versteuern, wo sie erwirtschaftet werden.

Die AfD ist für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögensteuer.

Intakte Familien denken und leben in Generationenzusammenhängen. Die Übergabe von Vermögen – auch und gerade in Unternehmen gebundenes – ist Privatangelegenheit und darf nicht dem Staatszugriff ausgesetzt werden.

- Welcher Vorteil ergibt sich für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Kiez daraus?

..., mehr netto vom Brutto, gestärkte Kaufkraft /Binnennachfrage nebst positiver Wirkung auf den Arbeitsmarkt

5. Wirtschaft

- Welche Impulse möchten Sie zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung unseres Stadtteils setzen?

- Welche Ideen haben Sie zur Ansiedlung und Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Lichtenberg bzw. in Karlshorst?

... Ausweisung attraktiver Gewerbegebiete mit entsprechender Infrastruktur, Gründer-Lotsen als Hilfe im Behörden-Dschungel und Hilfe bei der Ausschöpfung vorhandener Programme

- Mit welchen Maßnahmen kann man die Bürokratie abbauen und die Verwaltungen auf allen Ebenen modernisieren?

Analyse der bestehenden Genehmigungsprozesse und Reduzierung auf das notwendige Maß, Bündelung der Zuständigkeiten, Verschlinkung der Entscheidungsebenen

6. Bauen/Verkehr/Umwelt

- Welche Vorstellungen haben Sie für ein verbessertes Park- und Verkehrskonzept in Karlshorst, bei dem Autoverkehr, Fußgänger, Fahrradfahrer und öffentlicher Nahverkehr in rechtem Verhältnis genutzt werden und die Lebensqualität im Kiez dabei nicht auf der Strecke bleibt?

Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Die zunehmende Besiedlungsdichte begrenzt automatisch die Möglichkeiten des Individualverkehrs. Ich vertraue auf den gesunden Menschenverstand der Bürger, die bei entsprechendem attraktivem Angebot an – auch vor Kriminalität – sicheren öffentlichen Verkehrsmitteln darauf zurückgreifen, anstatt im Stau zu stehen. Die Parksituation trägt ein Übriges dazu bei. Eine Politik, die aber den Autoverkehr verteufelt und immer mehr behindert lehne ich – auch unter dem Aspekt einer verstärkten Umweltbelastung – ab. Es muß möglich sein, den Verkehrsfluß durch „Grüne Wellen“ zu erhöhen. Die meisten Abgase entstehen beim Beschleunigen und im Stehen.

Für eine älter werdende Bevölkerung und bei schlechtem Wetter ist das ansonsten von mir positiv

bewertete Fahrrad keine echte Alternative.

Über Verkehrsvermeidung durch wohnortnahe Arbeitsstätten habe ich noch keine Diskussion gehört.

- Wie wollen Sie zur beschleunigten Umsetzung der Tangentialverbindung Ost (WO) beitragen?

Das Gewürge und die Endlosdebatte um die TVO ist ein Skandal. Die Dauer der Entscheidungsfindungsprozesse charakterisiert das geltende „System“. s.a. 5. Teil 2.

Bevor ich nicht sehe, wo es „hakt“ kann ich seriöser weise nichts über das „Wie“ sagen. Da ich aber die jahrelange Not der Anwohner kenne, können Sie davon ausgehen, daß ich mich auf jeden Fall für eine Beschleunigung einsetzen werde.

- Wie stehen Sie zur Entwicklung des S-Bahn- und Regionalverkehrs in unserer Region; insbesondere zur Frage des Fortbestehens eines Regionalhalts in Karlshorst?

Die Entscheidung der DB zur Schließung des Regionalhalts in Karlshorst halte ich für falsch. Die jetzige Streckenführung ermöglicht außerdem für Lichtenberg Süd und angrenzende Stadtteile einen schnellen Zugang zum BER (wenn er denn einmal fertig wird)

- Wie stehen Sie zur Schließung des Flughafens Tegel und zur Baugeschichte des BER?

Der BER wird schon bei Fertigstellung an seine Kapazitätsgrenze stoßen. Auch wenn ich die Tegeler verstehen kann, halte ich die Offenhaltung des Flughafens für unvermeidlich.

Da ich die Entscheidungsprozesse um den Hauptstadtflughafen aus meinem politischen Engagement in dieser Zeit kenne, war für mich diese Problematik schon früher klar. Man hat damals Experten beauftragt und – da das Ergebnis nicht gefiel – „politisch“ entschieden. Für das Ergebnis haften die Bürger – auch als Steuerzahler – aber nicht die Politiker.

- Welche Vorteile und Nachteile werden diese für Karlshorst bringen?

Da das Verkehrsaufkommen zum BER über die Stadtautobahn und den Regionalverkehr bzw. die S-Bahn fließt, sehe ich im Moment keine gravierenden Auswirkungen. Vom Fluglärm dürfte Karlshorst nicht betroffen sein. Inwieweit die relative Nähe des BER einen wirtschaftlichen Impuls für Karlshorst bedeutet, kann ich noch nicht abschätzen. Sicher werden einige Mitarbeiter aber Wohnungen suchen.

- Welchen Standpunkt vertreten sie angesichts der geplanten Verdichtung des Wohnumfeldes in vielen gewachsenen Wohngebieten? Wie wägen Sie das Verhältnis zwischen der Schaffung weiteren Wohnraums und dem Erhalt des bestehenden Wohnumfeldes ab?

Ich halte die mangelhafte Berücksichtigung des Bürgerwillens für eines demokratische Gemeinwesens unwürdig. Über Kaiser Wilhelms Mietskasernen hat man sich beklagt und jetzt werden – alles möglich entsprechend bestehenden gesetzlichen Regelungen – grobe Fehler begangen, die führ Jahrzehnte die Wohnqualität beeinträchtigen. Für ein Gesamtstadtplanerisches Konzept sollte eine finale Einspruchsmöglichkeit bestehen, krasses Beispiel: die Wohnbauten, die die Friedrichwerdersche Kirche in ihrer Substanz bedrohen, zumindest aber den Blick stark einengen.

Eine ausreichende Abwägung des Verhältnisses zwischen der Schaffung weiteren Wohnraums und dem Erhalt des bestehenden Wohnumfeldes sehe ich derzeit nicht für gegeben.

7. Bildung/Jugend/Kultur/ Generationengerechtigkeit

- Was kann angesichts der demographischen Entwicklung für ein lebenswertes Wohnumfeld getan werden (z. B. wohnortnahe Versorgung, Barrierefreiheit, medizinische Versorgung)?

Wohnortnahe Versorgung kann nur durch die Zurverfügungstellung von geeigneten Objekten oder Gewerbeflächen durch die Kommune gewährleistet werden.

Die Realisierung von **Barrierefreiheit** ist Bestandteil der bestehenden Politik und wird über einen längeren Zeitraum realisiert.

Angesichts der Entscheidung des GBA (Gemeinsamen Bundesausschusses) – ganz Berlin als einen Zulassungsbezirk zu betrachten haben sich in der Verteilung der Medizinischen Versorgung gravierende Mängel entwickelt. Daher sollte diese Entscheidung schnellstens revidiert werden. Da aber für

die Praxen Bestandsschutz besteht, lassen sich die Fehlentwicklungen nur allmählich (bei Neuvergabe von Zulassungen) abbauen. „Statistisch gesehen“ ist die Versorgung gut – nur nicht wohnortnah.

- *Wie soll sich der Bund stärker für die Beseitigung des Sanierungsrückstaus in Schulen und Sporteinrichtungen engagieren?*

... Finanziell, nicht strukturell, z.B. durch einen Fonds

- *Was werden Sie tun, um den Schulunterricht zukunftsfähig zu gestalten (z.B. neue Medien, Berücksichtigung gesellschaftlicher Prozesse, Vermittlung von Werten, Qualitätssicherung des Unterrichts)?*

Bildung ist Länderzuständigkeit. Dessenungeachtet vertritt die AfD folgende Position:

Der schleichenden Abschaffung verschiedener Schulformen und der Entwicklung hin zur nivellierenden Einheitsschule muß Einhalt geboten werden. Effizientes Lehren und Lernen ist nur möglich, wenn die Leistungsunterschiede zwischen den Schülern einer Schulform begrenzt bleiben.

Bildungsgerechtigkeit erfordert Differenzierung, nicht Gleichmacherei.

Wir befürworten daher ein nach Begabungen differenziertes Schulsystem, das dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird.

Soziale Herkunft darf dabei nicht entscheidend für Bildungschancen sein.

Die Bildungsstandards in allen Schulformen müssen sich an dem jeweils höchsten Niveau in Deutschland ausrichten. Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium dürfen allein landesweit verbindliche Leistungskriterien sein. Das Abitur muß wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt- oder Realschulabschluß zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.

Schulen dienen der Vermittlung von Kulturtechniken und Wissen und sollen das freie Denken befördern. Sie sollen zu Ausbildung und Studium befähigte junge Menschen entlassen.

Sie sind keine Anstalten zu politischen Indoktrination und haben politisch und weltanschaulich neutral zu sein. Die Vermittlung von Werten (hier ist zu klären, was darunter zu verstehen ist) erfolgt im Wesentlichen durch Familie und Elternhaus und sollte durch die Schule allenfalls ergänzt werden.

In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist das Wissen in den Köpfen der Menschen der wichtigste Rohstoff. In Berufsausbildung und Studium sollten die Lernenden sich frei von wirtschaftlichen Zwängen auf ihre Hauptaufgabe, das Lernen konzentrieren können.

- *Wie werden Sie sich für Erhalt und Ausbau bezahlbarer kultureller Angebote im Kiez für alle Generationen einsetzen?*

Hier kann ich nur unterstützend einwirken, da Erhalt und Ausbau bezahlbarer kultureller Angebote im Kiez kommunale Aufgabe ist.

Wichtig ist, daß der Bezirk für diese wichtige Aufgabe ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, andererseits auch sorgfältig und sparsam damit umgeht.

Ich halte sehr viel von Subsidiarität, d.h. daß die Politik „vor Ort“ besser weiß, wo Prioritäten zu setzen sind.

Zum Erhalt und Ausbau bezahlbarer kultureller Angebote im Kiez zähle ich nicht die Unterstützung z. T. sogar radikaler „Vereine“ als Organisationen des politischen Vorfeldes linker Parteien aus Steuermitteln.

8. Innere und äußere Sicherheit

- *Nach den Ereignissen in Hamburg, der Situation in der Rigaer Straße, aber auch den ungezählten Übergriffen von rechts- wie linksradikaler Seite: Wie sieht Ihr Konzept zur Begrenzung dieser Gewalt unter Wahrung der demokratischen Grundrechte, wie z.B. Demonstrationsfreiheit, aus?*

Statt die Polizei personell und materiell entsprechend der dramatisch veränderten Sicherheitslage besser auszustatten, gefallen sich viele linke und grüne Politiker noch immer in erster Linie als Beschützer von Hausbesetzern, Drogenhändlern, illegalen und kriminellen Zuwanderern und Schwarzfahrern. Sie wollen nicht begreifen, daß der Schutz kleiner sozialer Biotope, die unseren Rechtsstaat verachten und aushöhlen, die Sicherheit der ganzen Stadt schwächt und Freiräume für Gewalttäter vom linken und vom rechten Rand sowie aus dem islamistischen Umfeld schafft.

Linkspartei, Grüne und Teile der SPD verwechseln Weltoffenheit mit der Erhaltung rechtsfreier Räume.

Die AfD sagt dagegen: wir brauchen eine Null Toleranz Politik gegenüber allen Gesetzesbrechern, egal was sie motiviert und wer sie sind.

Hier verweise ich auf das Sicherheitskonzept der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus von 05.01.2017, dessen Darstellung den Rahmen dieses Schreibens sprengen würde, weshalb ich es als Anlage gerne beifüge. (*)

- Tut der Staat genug zur Abwehr terroristischer Gefahren? Soll die Bundeswehr dafür auch im Inneren eingesetzt werden?

Die öffentliche Sicherheit ist trotz großen persönlichen Einsatzes der Polizeibeamten in Bund und Ländern nicht angemessen gewährleistet: Personalmangel, strukturelle Unzulänglichkeiten, unzureichende Ausrüstung und Bewaffnung treffen auf schlechte Bezahlung und zum Teil empörend miserable soziale Absicherung. Durch höchst unterschiedliche Arbeitsbedingungen machen sich Bund und Länder zudem untereinander Konkurrenz und jagen sich gegenseitig die besten Beamten ab. Damit muß endlich Schluß sein.

Die AfD fordert daher:

Neustrukturierung der Bundespolizeien unter einheitlicher Führung

Überführung der Bereitschaftspolizeien der Länder in die Bundespolizei

Wiederbelebung des Einsatzes von Wehrpflichtigen im Grenzdienst

Gleiche Besoldung bundesweit durch eine eigene Besoldungsordnung für Polizei, Soldaten und Rettungsdienste mit einer der jeweiligen Gesundheits- bzw. Lebensgefährdung angemessenen Zusatzvergütung

Bezahlte Überstunden und Sondereinsätze

Bundeseinheitliche Uniformen

Bundeseinheitliche, modernste und lageangepaßte Bewaffnung und Ausrüstung (u.a. Bodycam, Taser)

Bundeseinheitliche Dienstvorschriften

Wiederherstellung der freien Heilfürsorge mit privatärztlicher Behandlung

Übernahme von Dienstunfähigkeits- und Diensthaftpflichtversicherung durch den Dienstherrn

Witwen- und Waisenrenten in Höhe der Pensionsansprüche des Endamtes bei Tod durch qualifizierten Dienstunfall

Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehne ich ab.

- Welche Vorschläge haben Sie zur Begrenzung von Kleinkriminalität in einer offenen Stadt?

Der von Ihnen angesprochene Bereich fällt im Wesentlichen in Landeskompentenz. Deshalb Verweise ich an dieser Stelle wiederum auf das Sicherheitskonzept der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus von 05.01.2017.

- Wie stehen Sie zur Videoüberwachung?

Sowohl für als auch gegen eine Videoüberwachung sprechen eine Vielzahl von Argumenten. Trotz einiger persönlicher Bedenken bin ich für die Video-Überwachung nach strengen Regeln und Auflagen an Plätzen besonderer Schwerpunktkriminalität, um für die Täter das Risiko zu erhöhen und die Aufklärungsquote zu erhöhen.

9. Demokratisches Miteinander und Toleranz

- Welche vorrangigen Aufgaben sehen Sie für die weitere Integration der geflüchteten Menschen in Deutschland und welche Maßnahmen kann man ergreifen?

Nicht alle Menschen, die zu uns kommen, haben Anspruch auf Asyl. Viele von ihnen kommen, weil Sie sich – menschlich verständlich – ein besseres Leben erhoffen.

Wir dürfen uns der Not und dem Elend in der Welt nicht verschließen. Wir lösen aber die Probleme dieser Welt nicht, indem wir sie importieren und damit unfähig werden, möglichst vielen zu helfen.

Der „Kampf um die besten Köpfe“ ist Schmarotzertum zu Lasten schwächerer Länder. Indem wir ihnen diese Menschen entlocken, lösen wir zwar unsere Problem, verschärfen sie aber in den Herkunftsländern.

Nicht diejenigen, die vor 1989 „in den Westen abgehauen“ sind, haben unser Land verändert, sondern diejenigen die gerufen haben „Wir bleiben hier!“ Dasselbe gilt auch für die Herkunftsländer der Migranten.

Was die wirklich Asylberechtigten betrifft (nur ein Bruchteil der Migranten), so ist Asyl ein Schutz auf Zeit, bis die Verhältnisse in den Herkunftsländern eine gefahrlose Rückkehr ermöglichen.

Hier Verweise ich auf den Vorschlag der AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag – fit4return. DAS 3-PHASEN-MODELL setzt auf Hilfe zur Selbsthilfe.

PHASE 1

Qualifizierte Einwanderung. Der Arbeitskräftemangel in Deutschland soll behoben werden. Einer unerwünschten Migration in das deutsche Sozialsystem wird damit entgegengewirkt.

PHASE 2

Rasche Rückkehr für alle, die keine Bleibeperspektive haben.

Der vorübergehende Aufenthalt in Deutschland muß dem Anlaß angemessen sein. Wer sich nicht an das deutsche Gesetz hält oder eine falsche Identität angibt, verliert das Recht, in Deutschland Schutz zu erhalten, und das auf Lebenszeit. Das deutsche Volk darf keiner unnötigen Gefahr ausgesetzt werden, deshalb müssen Grenzen gesichert und Personenkontrollen eingeführt werden. Das höchste Ziel ist die Rückführung in die Heimatländer der Flüchtlinge. Eine Zwangsintegration in die deutsche Gesellschaft ist deshalb nicht erforderlich.

PHASE 3

Hilfe zur Selbsthilfe

Asylbewerber sollen dahingehend vorbereitet werden, daß sie bei ihrer Rückkehr einen wertvollen Beitrag für den Aufbau ihres Heimatlandes leisten können. Das soll dadurch geschehen, indem sie in ihrer Muttersprache Bildungsabschlüsse auf dem Niveau ihrer Herkunftsländer erwerben und Berufe erlernen, die in ihrer Heimat einen praktischen Nutzen haben.

- Zielsetzung ist es, die Menschen wieder dort anzusiedeln, wo ihre Wurzeln liegen.
- Asylsuchende haben die Pflicht, ihnen angebotene Hilfe zur Beendigung ihres Asylstatus anzunehmen.
- Asylsuchende, die sich dem verweigern, wird der Asylstatus aberkannt.
- Das Asylrecht darf fortan nicht mehr als Recht zur Einwanderung mißbraucht und verstanden werden.

Das bedeutet:

- Flüchtlingen eine Perspektive geben
- Rückführung in die Herkunftsländer
- Verhinderung weiterer illegaler Einwanderungswellen
- Kostenminderung der Asylummigration für die Bundesrepublik
- Aufbau der Wirtschaft durch Re-Migration
- Keine Zwangsintegration, die Flüchtlinge ihrer eigenen Kultur beraubt

- Was sagen Sie zu einer Obergrenze für Flüchtlinge?

Bei Beachtung bestehender Regeln und Gesetze (z.B. Dublin III) wären knapp 1000 Personen asylantragsberechtigt.

Hier wäre eine Obergrenze lächerlich.

Durch den vielfachen Rechtsbruch der Bundesregierung wurden ca. ein tausendfach so viele Menschen ins Land gelassen. Dabei gerät auch ein relativ reiches Land wie Deutschland an seine Belastungsgrenzen. Hier ist eine Obergrenze dringend geboten.

Die Migrationsbewegung wurde provoziert z.B. durch „Informationssendungen“ der Deutsche Welle. Außerdem erfüllten die „reichen“ Länder die vom UNHCR gesendeten Hilfsersuchen nicht:

Statt 37 \$ pro Person und Monat für die Versorgung der Kriegsflüchtlinge in ortsnahen Aufnahme-Lagern standen zuletzt nur 9 \$ zur Verfügung – ein Skandal. Die Ausgaben für die Versorgung in Deutschland übersteigen diesen Betrag um ein Vielfaches (30-70fach?).

Die Wanderungsbewegung wurde also provoziert. Man hat die Menschen so sehr in die Verzweiflung getrieben, daß sie sich auf diese lebensgefährliche Reise begeben haben. Die dafür verausgabten Mittel stehen für die Versorgung der vielfachen Menge an zurückgebliebenen Kindern, Alten, Kranken, Schwachen und Armen dadurch nicht mehr zur Verfügung. Welche Scheinheiligkeit.

- Die „Ehe für alle“ ist noch vor der Sommerpause beschlossen worden. Wie stehen Sie zu einem bunten Miteinander der verschiedensten Lebensformen und Auffassungen? Wie soll Ihrer Meinung nach die künftige Entwicklung auf diesem Gebiet aussehen?

Die bisherige Möglichkeit der eingetragenen Partnerschaft regelt den rechtlichen Status zwischen homosexuellen Paaren in ausreichender Weise.

Die AfD will, daß sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes „Familie“ in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.

10. Nah am Bürger

- Wenn Sie gewählt sind: Wie werden Sie Ihre politische Arbeit im Wahlkreis und speziell in Karlshorst gestalten?

Der Staat ist keine „Obrigkeit“, der Bürger kein „Untertan“. Der **Staat** ist vielmehr **Dienstleister** am Souverän – dem freien (!) Bürger.

Aus diesem Verständnis heraus ist ein hohes Maß an Kontaktmöglichkeit für die Bürger- als Auftraggeber - zu ihrem Abgeordneten - als Dienstleister - enorm wichtig. Nur im Dialog kann eine bürger-nahe Politik gelingen.

- Was möchten Sie nach der Wahl zuerst tun?

Mich bei meinen Wählern und Helfern bedanken und sie bei dieser schweren Aufgabe auch weiterhin um Hilfe und Unterstützung bitten, ein wenig feiern, meine familiären und beruflichen Dinge umstrukturieren, meine Frau trösten und hoffentlich auch etwas kurz ausruhen.

(*) Anmerkung des Bürgervereins Karlshorst:

Das der ursprünglichen Zusendung von Dr. Radtke angehängte „Sicherheitskonzept der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus“ haben wir aus den nachfolgenden Gründen nicht veröffentlicht: Alle Kandidaten werden bei der Veröffentlichung ihrer Beiträge gleichbehandelt, in denen sie sich auf eine direkte Beantwortung unserer Wahlprüfsteine ohne zusätzliche Papiere, Konzepte etc. beschränken sollten.

Zudem möchten wir den Eindruck vermeiden, dass wir einzelne Kandidaten bevorzugen oder benachteiligen, indem wir mehr oder weniger Platz für die Darstellung einräumen.

Bei Interesse ist die AfD-Fraktion des Abgeordnetenhauses sicherlich gern bereit, das Sicherheitskonzept zuzusenden.